Detailansicht des Registereintrags

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V.

Aktuell seit 06.11.2026 14:46:40

Wirtschaftsverband

Registernummer:	R000283
Ersteintrag:	03.02.2022
Letzte Änderung:	06.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	04.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Claire-Waldoff-Straße 7 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302007860 E-Mail-Adressen: bve@ernaehrungsindustrie.de Webseiten: https://www.ernaehrungsindustrie.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
800.001 bis 810.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
14,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Bernhard Simon**
   Funktion: Vorsitzender
2. **Christof Engelke**
   Funktion: Stellvertretender Vorsitzender
3. **Tim Schwertner**
   Funktion: Schatzmeister
4. **Aldo Cristiano**
   Funktion: Vorstandsmitglied
5. **Gustav Deiters**
   Funktion: Vorstandsmitglied
6. **Bastian Fassin**
   Funktion: Vorstandsmitglied
7. **Dr. Nils Pörksen**
   Funktion: Vorstandsmitglied
8. **Norbert Lötz**
   Funktion: Vorstandsmitglied
9. **Uwe Schöneberg**
   Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Christoph Minhoff**
2. **Peter Feller**
3. **Kim Cheng**
4. **Olivier Kölsch**
5. **Oliver Numrich**
6. **Marcel Winter**
7. **Dr. Bernhard Simon**
8. **Christof Engelke**

Gesamtzahl der Mitglieder:
107 Mitglieder am 01.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (22):

1. Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbh (AMI)
2. Bündnis "Zukunft der Industrie"

3. Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE)
4. Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) / Auslandshandelskammern (AHK)
5. Deutsche Innovationspartnerschaft Agrar (DIP)
6. Deutsche Pfandsystem GmbH (DPG)
7. Europäische Bewegung Deutschland (EBD)
8. FoodDrinkEurope (FDE)
9. Forum Nachhaltiges Palmöl e.V. (FONAP)
10. Forum Ökologisch Verpacken e.V. (FÖV)
11. German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA)
12. Import Promotion Desk (IPD)
13. Initiative pro AGB
14. Institut der deutschen Wirtschaft (IW)
15. RAL Gütegemeinschaft Wertstoffkette PET-Getränkeverpackungen e.V.
16. Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister (ZSVR)
17. Trade Promotion Europe (TPE)
18. United Against Waste Deutschland
19. UP KRITIS
20. Verband der deutschen Messewirtschaft (AUMA)
21. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs
22. Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (22):
Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Allgemeine Energiepolitik; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliches Recht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Im Fokus der BVE-Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. steht die Interessenvertretung der Fachverbände und Unternehmen der deutschen Ernährungsindustrie. Die Aufgabe der BVE ist es, sich für wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen einzusetzen, die den deutschen Lebensmittelherstellern verantwortliches und unternehmerisches Handeln ermöglichen und die Zukunftschancen der Unternehmen der Ernährungsindustrie am Standort Deutschland, als viertgrößter Industriebereich, sichern.
Dabei geht es der BVE um die Wahrung der Interessen der gesamten Ernährungsbranche zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Wirtschaftsstandort, die Strompreise und Verfügbarkeit von Energien, die Unterstützung unserer Mitglieder bei Innovationsprozessen im

Bereich von Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Gemeinschaftsforschung, Bioökonomie, kritische Infrastrukturen, sowie die Harmonisierung von Rechtsvorschriften und faire Wettbewerbsbedingungen.

Die BVE bezieht Stellung und nimmt für ihre Mitglieder bei Anhörungen z. B. bei Gesetzgebungsverfahren teil, sie ist an der Klärung von unternehmensübergreifenden Fragestellungen beteiligt, sie verfasst dazu auch Positionspapiere oder Stellungnahmen.
Die BVE unterstützt die Vielfalt des Angebots von Lebensmitteln unterschiedlicher Lebensweisen und Ernährungsformen.
Die BVE ist Ansprechpartner für Politik und versteht sich als Bindeglied ihrer Mitglieder zu verschiedenen Aufsichts- und Verwaltungsorgangen. In unserer Öffentlichkeitsarbeit kommunizieren wir die Positionen der gesamten Ernährungsindustrie zu politischen Themen und aktuellen Marktentwicklungen. Wir schaffen so Bewusstsein für die wirtschaftliche Bedeutung und die Belange der Branche.
Im Rahmen der Interessenvertretung ihrer Mitglieder versteht sich die BVE außerdem als Dienstleister zur Sicherung unternehmerischer Freiheit, eines starken Mittelstands, des Bürokratieabbaus sowie des freien Handels und Innovationen.

Konkrete Regelungsvorhaben (19)

1. **Initiative pro AGB-Recht - Beibehaltung**

   Beschreibung:
   Initiative von Wirtschaftsverbänden, die sich für die Beibehaltung des Fairness-Schutzes im unternehmerischen Geschäftsverkehr einsetzen.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/8649 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)
   Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   BGB [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (2):

   1. **SG2506200064** (PDF - 3 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 27.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2506240022** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) (EU) 2023/1115) - praxistaugliche Umsetzung**

Beschreibung:
Umsetzung der Verordnung zur Bereitstellung von Agrarrohstoffe, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, u.a. Kaffee, Kakao, Palmöl, Rindfleisch und Soja sowie deren Import und Export. Sie trat im Juni 2023 in Kraft und verbietet den Handel mit Erzeugnissen aus Flächen, die nach 2020 entwaldet wurden. Die Umsetzung der europäischen Verordnung (EU) 2023/1115 wurde aufgrund von bestehenden Unklarheiten verschoben. Ziel ist eine praxistaugliche auch für KMU geeignete Umsetzung der entwaldungsfreien Lieferketten.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Gesetz zur Durchführung der EU Verordnung für entwaldungsfreie Produkte
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. **SG2406190110** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2506190038** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2506200079** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.05.2025 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

4. **SG2512190154** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.10.2025 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. **SG2608130020** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.07.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

3. **CSRD: Nachhaltigkeitsberichterstattung - unbürokratische Umsetzung der Informationspflichten**

   Beschreibung:
   Das CSRD-Umsetzungsgesetz wird mit vorliegendem Referentenentwurf die Zahl der von Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten betroffenen Unternehmen deutlich erhöhen, darüber hinaus rechnet die BVE mit der Weitergabe von Informationspflichten in die Lieferkette. Der überwiegend mittelständisch geprägten Ernährungsindustrie ist daher an einer unbürokratischen, praxistauglichen und verhältnismäßigen Umsetzung der CSRD

gelegen. Der Aufwand zur Einhaltung der Vorgaben darf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht unangemessen einschränken. Alle künftigen Berichtsstandards sollten deshalb angemessen zum Regelungszweck und zur Unternehmensgröße ausgestaltet sein.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406200193** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **EU-Verpackungsverordnung (PPWR) - Umsetzung Kreislaufwirtschaft für Verpackungen**

Beschreibung:
In dem vereinbarten Kompromiss zwischen EU Parlament und Mitgliedstaaten für eine EU-Verpackungsverordnung (PPWR), der am 24. April vom Europäischen Parlament in Erster Lesung bestätigt wurde, werden die Mehrwegquoten für viele industrielle und gewerbliche Transport- und Verkaufsverpackungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag drastisch ausgeweitet und für den Austausch von Produkten zwischen Unternehmen in einem Mitgliedstaat sowie für den Austausch zwischen Unternehmensstandorten in der EU ab 2030 sogar auf 100% erhöht. Das damit beschlossene vollständige Verbot vieler Einweg-Verpackungen im innerstaatlichen Handel gefährdet sämtliche Lieferketten, weil es für viele Verpackungsformate keine Mehrweglösungen gibt bzw. diese weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll sind.

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. **SG2406200197** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

   Versendet am 13.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2409270088** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

   Versendet am 04.07.2024 an:

   Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2506200047** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **SG2509300047** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

5. **SG2603310203** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.01.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

6. **SG2609300173** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.09.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

5. **NIS-2-Richtlinie - bürokratiearme Umsetzung und Cybersicherheitsstärkung**

   Beschreibung:
   Bei der Neuregelung der Prüfung von Konformitätsbewertungsprogrammen sollte ein nationaler Alleingang vermieden werden, damit die europäischen Anforderungen möglichst harmonisiert umgesetzt werden, insbesondere in Hinblick auf weitere europäische Regelungen (z.B. den CRA). Ein Hindernis und sehr bürokratisch sind jedoch die geplanten Regelungen zum zukünftigen Komponenten- bzw. Produkteinsatz in den Unternehmen.

Diese zu hohen Anforderungen können die Entscheidungsspielräume der Unternehmen empfindlich einschränken und damit auch die Sicherheit der Infrastruktur schädigen statt schützen. Eine 1:1 Umsetzung des Richtlinientextes in nationales Recht ist vielmehr geboten. Die BVE ist Mitglied des UP KRITIS und verweist auch auf dessen Positionspapier.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Gesetz zur Umsetzung der NIS Richtlinie
Datum des Referentenentwurfs: 05.12.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BSIG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2406200201** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2509300044** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

3. **SG2606300217** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

6. **Agrarorganisationen und Lieferketten-Gesetz (AgrarOLkG) - Evaluierung und Weiterentwicklung**

Beschreibung:
Gesetzesentwurf zur Fortführung und Anpassung des AgrarOLkG ist erforderlich. Aus unserer Sicht insbesondere vor dem Hintergrund der kurzen Befristung des erweiterten Anwendungsbereiches in § 10 Abs. 1 S.5 AgrarOLkG.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/9570 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Evaluierungsbericht zu den Regelungen über unlautere Handelspraktiken des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes
Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AgrarMSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406200204** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.06.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2506240037** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.01.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **VerpackG - Umlage der EU Plastikabgabe und Schaffung europarechtskonformer Reform**

Beschreibung:
Wir sehen in einer wirksamen finanziellen Anreizstruktur für hochgradig recycelbare Verpackungen einen entscheidenden Hebel zu einer besseren Kreislaufführung. Mit dem Mindeststandard existiert in Deutschland bereits eine eindeutige und anerkannte Grundlage für die Bemessung des prozentualen Grades der Recyclingfähigkeit einer Verpackungseinheit. Ab 2028 würden diese Bemessungskriterien durch die von der EU-Kommission zu erstellenden Design-for-Recycling-Kriterien und Berechnungsvorschriften EU-weit harmonisiert (delegierte Rechtsakte nach Artikel 6 Absatz 4 EU-Verpackungsverordnung (PPWR)). Die Stufen einer Ökomodulierung der Lizenzentgelte für Verpackungen, wie sie in der PPWR vorgesehen

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Novelle des § 21 Verpackungsgesetz
Datum des Referentenentwurfs: 01.07.2022
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (7):

1. **SG2406200207** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.06.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2506260039** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.09.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2606260049** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.12.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

4. **SG2606260115** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.05.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

5. **SG2606260118** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.06.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **SG2608140006** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 31.07.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

7. **SG2610020027** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

8. **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz-LkSG - Entbürokratisierung bei unternehmerische Sorgfaltspflichten**

   Beschreibung:
   das von BMAS und BMWK entworfene Papier „Optionen für untergesetzliche Maßnahmen zur praxisnahen Anwendung des LkSG, auch im Lichte der Vorgaben der CSDD-RL" möchten wir im Folgenden aus Sicht der Ernährungsindustrie kommentieren.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/28649 [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   LkSG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (2):

   1. **SG2406210208** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 18.06.2024 an:

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
      Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

   2. **SG2603310204** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. **Entwurf Entwaldungs- und Waldschädigungs-Minimierungs-Gesetz - Unterstützung der Stellungnahme des BMEL**

Beschreibung:
Auf Grund der noch bestehenden Unsicherheit, ob die von der EU Kommission am 2. Oktober 2024
vorgeschlagene Verschiebung des Geltungsbeginns der EUDR auch im EU Parlament Zustimmung finden wird, begrüßt die BVE die Initiative des BMEL mit dem nun vorliegenden EntwaldungsMG bis zum Ende des Jahres Rechtssicherheit für die Unternehmen zumindest im Hinblick auf die nationale Umsetzung der EUDR schaffen zu wollen. Ebenso erkennen wir an, dass der Gesetzesentwurf weitestgehend nicht über das in der Verordnung (EU) 2023/1115 geforderte Mindestmaß an Kontrollen oder Sanktionen im Falle von Verstößen hinaus geht.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Gesetz zur Durchführung der EU Verordnung für entwaldungsfreie Produkte
Datum des Referentenentwurfs: 24.10.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412230025** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. **Überarbeitung der EU Abfallrahmenrichtlinie**

Beschreibung:

Einführung eines Korrekturfaktors, der sicherstellen soll, dass die verbindlichen Reduktionsziele für Lebensmittelabfälle relativ zur produzierten Menge berechnet werden und nicht in absoluten Zahlen festgelegt werden. EU Abfallrahmenrichtlinie (EU) 2025/1892

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503280150** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.02.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2608130021** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

11. **EWKFondsG - Verlängerung der Übergangsfrist**

Beschreibung:
Umsetzung des EWKFondsG: Verlängerung der Übergangsfrist im Hinblick auf die zahlreichen noch offenen Einordnungsentscheidungen für einen gesetzeskonformen Vollzug.

Betroffenes geltendes Recht:
EWKFondsG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2503280179** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.02.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2507010020** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

3. **SG2509300200** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

12. **Carbon-Leakage-Verordnung (BECV) - Berücksichtigung der energieintensiven Ernährungswirtschaft**

Beschreibung:
Kernforderungen der energieintensiven Ernährungsindustrie, zur Ernährungssicherung und Versorgungssicherheit in Deutschland wird ein neuer Ansatz für die energiepolitischen Herausforderungen gesucht.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/8566 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Bericht der Bundesregierung zum Konsultationsverfahren 2023 gemäß § 26 Absatz 2 der BEHG-Carbon-Leakage-Verordnung
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BECV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504110021** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 31.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. **Nationale Wasserstrategie - Unterstützung zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung**

Beschreibung:
Die Ernährungs- und Getränkewirtschaft unterstützt die praxisorientierte und rechtssichere Erstellung von Leitlinien, gemäß der Nationalen Wasserstrategie

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Nationale Wasserstrategie Kabinettsbeschluss
Datum des Referentenentwurfs: 15.03.2023
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2506260046** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.05.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. **SG2606260109** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.04.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

3. **SG2606260163** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.11.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

   Versendet am 22.04.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

14. **UTP-Richtlinie - Evaluierung zum Schutz vor unlauteren Handelspraktiken**

Beschreibung:
Die Überarbeitung der UTP-Richtlinie (EU) 2019/633 ist bei der Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken im Lebensmittelbereich wichtig für Mindeststandards und Fairness. Die Evaluierung des deutschen Umsetzungsgesetzes AgrarOLKG hat das auch belegt.

Betroffenes geltendes Recht:
AgrarOLkV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512190153** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.10.2025 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

15. **EmpCo Richtlinie - Umsetzung zur Informationspflicht**

Beschreibung:
Beibehaltung der ablehnenden Haltung der Bundesregierung zur Green Claims-Richtlinie, keine zusätzliche Regulierung.

Interessenbereiche:
Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2512190165** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2025 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2610020033** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

16. **KZV Konzeption Zivile Verteidigung - Unterstützung bei der Ernährungssicherstellung**

Beschreibung:
Ernährungssicherstellung in Krisensituationen

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
KZV - Konzeption Zivile Verteidigung
Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2606300223** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

2. **SG2608130019** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.07.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

17. **Antrag zur Einführung einer Zuckersteuer auf Erfrischungsgetränke - Ablehnung dieser staatlichen Eingriffsmaßnahme**

Beschreibung:
Mit dem Antrag zur Einführung einer Zuckersteuer auf zuckerhaltige Getränke stehen weiteichende staatliche Eingriffsmaßnahmen zur Entscheidung, ohne dass die Wirksamkeit eindeutig wissenschaftlich belegt ist, die Ursachen für Übergewicht und Adipositas sind multifaktoriell. Dieser Eingriff in den Markt würde eine zusätzliche Belastung für Verbraucher und weitere Bürokratie für Unternehmen bedeuten.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 145/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entschließung des Bundesrates "Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schützen: Reduzierung des Zuckergehaltes von Erfrischungsgetränken und Einführung einer gesetzlichen Altersgrenze für den Verkauf von Energy-Drinks"

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2608110022** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.04.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2608130024** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.08.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. **SG2611060020** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.10.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

18. **XXVI. Hauptgutachten Wettbewerb 2026: Für eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik**

    Beschreibung:

Die Monopolkommission führt aus, dass der Konzentrationsprozess im Lebensmitteleinzelhandel weiter fortschreitet. Dadurch nimmt der Druck auf die Lieferanten zu. Wegen bestehender Abhängigkeit der Lieferanten und befürchteten Sanktionen werden begründete Rechtsansprüche in der Regel nicht geltend gemacht.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7150 (Vorgang) [alle RV hierzu]
26. Hauptgutachten der Monopolkommission - Wettbewerb 2026: Für eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300169** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

19. **Umsetzung des EU Mobilitätspakets Bürokratieabbau und Zukunft der Lebensmittellogistik**

Beschreibung:
Um die stark gestiegenen Kosten für die Lebensmittelproduktion zu reduzieren, muss langfristig ein finanziell tragbarer Transport von Agrarrohstoffen und Lebensmitteln sichergestellt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1498 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Personenbeförderungsgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GüKG 1998 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300178** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.09.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   53179 Bonn
   Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
   Exportindikator: Expertenbefragung zur Identifikation von Faktoren, die den Export der deutschen Ernährungsindustrie sowie die Markterschließung beeinflussen, zur Ableitung zielführender Handlungsmöglichkeiten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
2.320.001 bis 2.330.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gewinn-und-Verlustrechnung-31-12-2025.pdf